Quelle: Eva Stetter

1. Online-Diskurs Hochwasser des DVGW

Das Momentum nutzen und Konzepte für eine resilientere Zukunft entwickeln

Mit den umfangreichen Auswirkungen der Flut an Erft und Ahr im vergangenen Sommer und damit verbundenen Handlungsoptionen beschäftigte sich der 1. Online-Diskurs Hochwasser des DVGW im Februar 2022. Ziel war es, die „lessons learned" zu sammeln und in ein Zukunftsprogramm umzusetzen. Fachleute aus Verbänden, Versorgungsunternehmen, Behörden, Hilfsorganisationen und NGOs waren zusammengekommen, um nicht nur Rückschlüsse für die künftige Bewältigung von Krisen, sondern auch für den Aufbau einer resilienteren Infrastruktur zu diskutieren. Angesichts der Entwicklungen im Klimawandel sei es angebracht, besser heute als morgen die Vorbereitungen für die nächste Katastrophe zu beginnen, machte Dr. Wolf Merkel, DVGW-Vorstand Wasser, gleich zu Beginn der Online-Veranstaltung mit über 400 Teilnehmenden die Dringlichkeit der Situation deutlich. Man müsse nun ein gewisses Momentum nutzen, forderte Merkel mit Blick auf vorangegangene Hochwasserereignisse wie das Elbe-Hochwasser vor 20 Jahren. Auch damals sei intensiv über Maßnahmen diskutiert worden, allerdings ohne wirkliche Ergebnisse. Als wichtige Punkte einer auf Resilienz bauenden Strategie nannte Merkel die Verbindlichkeit der kommunalen Notfallplanung und eine klare Absprache zwischen Bund, Bundesländern, Landkreisen und Kommunen.

Mit Blick auf die Frühwarnsysteme zog Hans-Hartmut Munk vom Umweltministerium Rheinland-Pfalz keine negative Bilanz aus der Flutkatstrophe: Im Rahmen des technisch Möglichen sei man gut aufgestellt. So hätten etwa automatisierte Frühwarnungen an die Behörden weitestgehend funktioniert. Allerdings gehöre zum Thema Frühwarnung auch die Information der Bevölkerung, betonte Munk. Eine Erkenntnis aus den Ereignissen des vergangenen Sommers sei nach seiner Einschätzung auch, die Menschen viel früher zu erreichen und viel stärker für Gefahrensituationen zu sensibilisieren.

Es gilt, jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen

Nach Meinung von Dr. Ina Wienand vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sei es jetzt wichtig, die richtigen Schlüsse zu ziehen, vor allem was die Bebauung in bestimmten gefährdeten Regionen betreffe. „Die Ahr war schon immer ein schwieriges Gewässer", machte Wienand im Rahmen des Diskurses deutlich. Wichtig sei insbesondere, das Risikobewusstsein zu schärfen und zu evaluieren, was das für die einzelnen Bereiche heißt. Für den Wasser- und Abwasserbereich benannte die BBK-Expertin einige erste wichtige Erkenntnisse der Flutkatastrophe an Erft und Ahr: So seien je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche Maßnahmen der Ersatz- und Notwasserversorgung erforderlich gewesen. Für die zwingend notwendige schnelle Wiederinbetriebnahme der leitungsgebundenen Wasserversorgung seien insbesondere geeignete Transportressourcen erforderlich. Wie viele andere auch, berichtete Wienand von einer breiten Unterstützung und einer

großen Hilfsbereitschaft, etwa durch Feuerwehr, THW, DRK, Bundeswehr und von Unternehmen und Fachberatern der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie von Verbänden. Allerdings habe der Überblick über vorhandene, geeignete und benötigte Ressourcen gefehlt.

Potenziale eines Netzwerks Wasser

Die BBK-Expertin schlug deshalb vor, ein erweitertes Netzwerk zur effizienten Bewältigung und Vorsorge proaktiv einzurichten, um Kenntnisse zu verstaatlichen, private Ressourcen zu teilen und in solchen, sich zuspitzenden Situationen schneller agieren zu können. Die Aufgaben und Potenziale eines sogenannten „Netzwerks Wasser" zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung sind laut Wienand:

- Beantwortung von Fachfragen zu den Themen Wasserver- und Abwasserentsorgung;
- Vermittlungsfunktion zu betroffenen Infrastrukturbetreibern;
- an die Lage angepasste Entsendung von Fachexperten nach Anforderung;
- Erkundung, Situationsanalyse und Erstellung eines Lagebilds;
- Situationsbewertung und Prognose der Lageüentwicklung;
- Beratung der Einsatzleitung hinsichtlich notwendiger und geeigneter Maßnahmen;
- Vermittlung von Unterstützungsangeboten (staatlich, privat), wie etwa Ressourcen zur Maßnahmendurchführung oder weiterführenden Experten durch umfangreiches Netzwerk;
- Konzeptionierung von geeigneten Maßnahmen zur Vorlage bei der Einsatzleitung;
- Übungen und Trainings von Krisenmanagement und Reallagen.

Dabei gelte es, die besondere Situation von kleineren Versorgungsunternehmen zu bedenken. Diese seien häufig aufgrund ihrer Personalsituation gar nicht in der Lage, Verbindung zu übergeordneten Krisenstäben zu halten. Deshalb sei es sinnvoller, dass ein Vertreter des Krisenstabs beim Versorger vor Ort ist und so die Informationsflüsse aufrechterhält, so Winand.

Nationale und internationale Resilienzstrategien im Aufbau

Neben diesen lokalen Strategien erläuterte die BBK-Expertin auch die aktuellen nationalen und internationalen Bestrebungen bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen. So soll auf europäischer Ebene Ende des Jahres eine Richtlinie für resiliente, kritische Infrastrukturen final abgestimmt sein. Auf Bundesebene befinde sich derzeit ebenfalls eine entsprechende Resilienzstrategie in Abstimmung. Zudem verwies Wienand auf ein schon heute verfügbares BBK-Programm mit vielfältigen Schulungen und weiteren Veranstaltungen für Kommunen und politische Entscheidungsträger. Allerdings gab Wienand zu bedenken, dass man sich bei diesen Initiativen im Bereich der Freiwilligkeit befinde. Um hier schneller voranzukommen, sei wohl ein Nachlegen auf regulatorischer Ebene erforderlich.

Auch beim DVGW will man jetzt alle Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten, zukunftsgerichteten Strategien hinsichtlich einer resilienten Infrastruktur sammeln. Aus Sicht von Dr. Wolf Merkel müsse es nun Ziel sein, aus den Erfahrungen der Katastrophe von Juli 2021 eine bundesweite Plattform aufzubauen und zu betreiben, die dann im Bedarfsfall von betroffenen Regionen genutzt werden kann. Ein Element dieser Plattform könnte beispielsweise die Expertenplattform sein, die die wasserwirtschaftlichen Verbände eigens für das Hochwasser an der Ahr und der Erft eingerichtet hatten. Diese wurde von den Betroffenen während der Flutkatastrophe im vergangenen Sommer als hilfreich erachtet, so der Tenor der Diskursteilnehmerinnen und -teilnehmer.

15-Punkte-Plan des Landes NRW

Übergeordnete Bestrebungen für einen wirkungsvolleren Katastrophenschutz und eine resilientere Infrastruktur hat auch das betroffene Bundesland Nordrhein-Westfalen kürzlich in Form eines 15-Punkte-Plans zum Katastrophenschutz der Zukunft vorgelegt: Der vom Kompetenzteam Katastrophenschutz erarbeitete Abschlussbericht formuliert Empfehlungen, wie sich der nordrhein-westfälische Katastrophenschutz neu aufstellen könnte. Spätestens dieses historische Ereignis habe allen vor Augen geführt, dass der Katastrophenschutz einen hohen Reformbedarf in Strukturen, Prozessen und gesetzlichen Regelungen aufweiset, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul bei der Vorstellung des Berichtes. „Das Bewusstsein für Katastrophen und damit auch für die Notwendigkeit, einen leistungsfähigen Katastrophenschutz zu unterhalten, muss wieder Teil der gesellschaftlichen DNA werden." Als Fazit formuliert das Kompetenzteam, dem insgesamt 13 Experten aus verschiedenen Organisationen und Verbänden angehörten, insbesondere drei übergeordnete Problembereiche: Katastrophen verlässlicher vorhersagen, Warnungen verbessern und die Kräfteverteilung optimieren. ■

Quelle: Schmidt/DVGW CERT GmbH